https://www.ozgurpolitika.com/haberi-multeci-politikasi-olduruyor-191742
Yeni Özgür Politika 7.8.24

Flüchtlingspolitik ist tödlich

Flüchtlingssuizide und Rassismus in Europa

Zwischen 2016 und 2022 starben mindestens 245 Flüchtlinge durch Suizid. Im Durchschnitt bedeutet dies, dass jeden Monat mindestens drei Menschen starben. Im gleichen Zeitraum starben mindestens 15 Menschen als direkte Folge von Polizeigewalt und 14 Menschen als Folge mangelnder Unterstützung. Seit 1993 haben mindestens 803 Flüchtlinge ihr Leben verloren.

So werden Abschiebungen häufig in den frühen Morgenstunden durchgeführt, was die Menschen angreifbar macht. Ein tragisches Beispiel: Am 19. Februar 2018 wurde in Rüsselsheim ein 35-jähriger Pakistaner schwer verletzt, als er aus dem Fenster sprang, als er die Polizei in seinem Zimmer sah. Die Polizei war jedoch nicht wegen ihm gekommen, sondern wegen seines Mitbewohners.

Die derzeitige Flüchtlingspolitik in Deutschland ist so organisiert, dass sie abschreckend wirkt. Es ist eine zynische Strategie, die auf verdrehten Tatsachen beruht. Politik und Presse bedienen sich seit Jahren rassistischer Sprache und Verhaltensweisen, um ihre menschenverachtenden Ziele durchzusetzen. Unsere gemeinsame Forderung ist: Gleiche Rechte für alle, Bleiberecht für alle und ein sofortiger Abschiebestopp.

GÖZDE GÜLER

Die Antirassistische Initiative, die seit 1994 den gesellschaftlichen Rassismus in Berlin erforscht und dokumentiert, verfolgt und archiviert seit 30 Jahren die Todesfälle von Flüchtlingen aus dem gesamten Bundesgebiet. Nach den Aufzeichnungen der Organisation starben allein zwischen 2016 und 2022 mindestens 245 Flüchtlinge durch Suizid. Aus einem anderen Bericht geht hervor, dass zwischen 1993 und 2022 mindestens 443 Flüchtlinge ihr Leben verloren haben. Diese Zahl ist noch viel höher, wenn man die nicht verfügbaren Daten mit einbezieht. Die Funktionäre der Organisation weisen darauf hin, dass die aktuelle Flüchtlingspolitik in Deutschland Flüchtlinge in den Tod treibt und dass Politiker und die Presse seit Jahren rassistische Einstellungen gegenüber Flüchtlingen pflegen. Wir sprachen mit der Antirassstischen Initiative über ihre Arbeit.

Wie haben Sie angefangen, den Tod von Flüchtlingen zu verfolgen und zu archivieren?

Im September 1994 erhielt die Anti-Rassismus-Initiative e.V. (ARI) eine Vermisstenanzeige von einem Vater, der seinen Sohn Sutharsan Kanthasamy suchte, von dem er zuletzt in Polen gehört hatte. Das letzte Mal, als er seinen Sohn gesehen hatte, war er von Polen nach Deutschland geflohen. Das ARI-Team erfuhr damals, dass Kanthasamy und mindestens acht weitere tamilische Flüchtlinge am 26. August 1994 nach Deutschland geflohen waren und bei dem Versuch, die Neiße an der deutsch-polnischen Grenze zu überqueren, ums Leben kamen. Die Todesfälle an der Grenze waren bisher nur als Gerüchte bekannt. Mit dem Bekanntwerden der Neiße-Todesfälle kam jedoch die grausame Realität an der nordeuropäischen Grenze ans Licht. Um die tatsächliche Zahl der auf der Flucht gestorbenen oder verletzten Menschen bekannt zu machen, begannen wir, die Fälle zu verfolgen und zu archivieren. Als sich die Fälle häuften, wurde die Recherche ausgeweitet. Die lokalen Recherchen führten schnell zu einer umfassenden Untersuchung der einzelnen Fälle. Es entstand ein Dossier mit Einzelfällen, die Todesfälle und Verletzungen von Flüchtlingen unterschiedlicher Herkunft im deutschen Kontext dokumentieren. Seit 30 Jahren dokumentiert ARI die Ereignisse unter dem Titel „Die deutsche Flüchtlingspolitik und ihre fatalen Folgen“. Neben dem Asylverfahren sind dies die Geschichten von Menschen ohne gültige Aufenthaltspapiere und von Menschen, die körperliche Schäden erlitten haben.

Wie sieht die Bilanz nach 30 Jahren aus? Stellen Sie einen Anstieg der Zahlen fest, und wenn ja, was sind die Gründe dafür?

Wir können nicht davon ausgehen, dass die von uns veröffentlichten jährlichen Zahlen zu Todesfällen und Verletzungen den tatsächlichen Zahlen entsprechen, denn die tatsächliche Zahl ist wahrscheinlich höher.
Das liegt daran, dass wir die Organisationen und Einzelpersonen, von denen wir Nachrichten und Informationen erhalten, sowie die von unserem Team gemeldeten Fälle erfassen. Auch die Situation der Flüchtlinge erlaubt es uns nicht, Informationen über sie zu haben. Wir können nicht alles erfahren, was passiert. Asylbewerber oder Geduldete haben in Deutschland weit weniger Rechte als andere Menschen. Sie sind oft gezwungen, jahrelang in Sammelunterkünften zu leben, erhalten kaum Unterstützung für ihren Lebensunterhalt, dürfen nicht arbeiten, erhalten weniger medizinische Versorgung und sind mit einem Netz anderer diskriminierender Gesetze konfrontiert. Obwohl viele aus politischen Gründen kommen, werden ihre Asylanträge abgelehnt oder sie sind von Abschiebung und Rückkehr ins Elend bedroht. Wenn Flüchtlinge sich gegen diese Lebensbedingungen wehren, werden sie kriminalisiert und ihrer Rechte beraubt.
Wenn viele Flüchtlinge zum Beispiel rassistisch motivierte Übergriffe im öffentlichen Raum anzeigen, werden sie von den hinzugezogenen Polizeibeamten nicht ernst genommen. Polizeigewalt wird oft geleugnet und bagatellisiert, und Flüchtlinge, die Opfer von Gewalt werden, werden als Verdächtige dargestellt. Dies führt zu folgender Schlussfolgerung: Viele Strafanzeigen werden entweder von den Opfern nicht gestellt oder von der Polizei nicht angenommen, oder wenn sie angenommen werden, wird das Verfahren eingestellt. Medienorganisationen veröffentlichen Suizide ohne oder mit so wenig Details wie möglich, um zu verhindern, dass Suizide nach dem Pressegesetz kopiert werden. Dadurch wird die Untersuchung von Suiziden durch die Medien noch schwieriger.
Jedes Jahr stellen Abgeordnete aus den deutschen Landtagen und einige Fraktionen im Bundestag parlamentarische Anfragen zu diesem Thema. Wir erhalten oft anonymisierte Antworten. Unsere Zahlen sind daher nur eine verlässliche Untergrenze.
So starben zwischen 2016 und 2022 mindestens 245 Flüchtlinge durch Suizid. Das bedeutet, dass im Durchschnitt jeden Monat mindestens drei Menschen starben. Insgesamt wurden 3.706 Fälle von Suizidversuchen und Selbstverletzungen dokumentiert. Das bedeutet 44 Verletzungen pro Monat. Im gleichen Zeitraum starben mindestens 15 Menschen an den Folgen von Polizeigewalt und 14 Menschen an den Folgen mangelnder Hilfeleistung.

Was können Sie uns über das Alter, das Geschlecht oder die Herkunft derjenigen sagen, die laut dem resultierenden Bild Suizid begehen?

Es ist nicht möglich, eine statistisch zuverlässige Studie durchzuführen, da die Informationen derjenigen, die Suizid begehen, oft anonym sind. Schaut man sich jedoch die Vorfälle an, bei denen persönliche Informationen verfügbar sind, wird deutlich, dass Suizide bei Menschen aller Altersgruppen und Geschlechter vorkommen. Da es sich aber mehrheitlich um Männer handelt, sind Frauen und Mädchen unter denen, die sich selbst verletzen oder Suizid begehen, weitaus weniger.

Werden Institutionen für Suizide verantwortlich gemacht? Gibt es Strafanzeigen gegen die Institutionen? Verfolgen Sie auch solche Prozesse?

Es ist oft schwierig, andere für Suizide verantwortlich zu machen; Vor allem dann, wenn klar ist, dass sich der Verstorbene selbst verletzt hat. Auch wenn die Menschen verzweifelt und so in die Enge getrieben sind, dass sie ihr Leben riskieren, ist es fast unmöglich, ein Gerichtsverfahren zu ihren Gunsten einzuleiten. So werden Abschiebungen in der Regel in den frühen Morgenstunden durchgeführt; So werden die Menschen unvorbereitet und verletzlich. Diese Razzien können bei Menschen psychische Panik und Notsituationen auslösen. Die Polizei geht oft rücksichtslos und

grausam vor, um eine abschreckende Wirkung auf Geflüchtete zu erzeugen. So sehr, dass ein Flüchtling, wenn er die Polizei sieht, ahnt, was er erleben wird, aus dem Fenster springt und entweder verletzt wird oder stirbt. Um ein tragisches Beispiel dafür zu geben:
Am 19. Februar 2018 wurde in Rüsselsheim ein 35-jähriger Pakistaner schwer verletzt, als er aus einem Fenster sprang, als er die Polizei in seinem Zimmer sah. Aber die Polizisten kamen nicht wegen ihm, sondern wegen seines Mitbewohners.
Bei Todesfällen im Umfeld von Staatsbeamten oder Todesfällen von Inhaftierten treffen in der Regel die zuständigen Institutionen die Feststellung des Suizids. Wir beobachten dies häufig. Der bekannteste Fall ist der von Oury Jalloh, der 2005 in einer Gefängniszelle in Dessau verbrannte. Trotz aller Beweise beharrte die Polizei darauf, dass der Mann, der aus Sierra Leone stammte und an eine Matratze gefesselt war, sich selbst mit Benzin übergossen und sich selbst angezündet habe.
Ein weiteres Beispiel ist der Tod des kurdischen Flüchtlings Amed Ahmad im Jahr 2018. Amed verbrannte am 17. September 2018 an den Folgen eines Brandes in seiner Zelle im Gefängnis Kleve. Der Teenager, der irrtümlich verhaftet wurde, war seit 10 Wochen ohne Anklage im Gefängnis, als in seiner Zelle ein Feuer ausbrach. Als das Feuer ausbrach, rief Amed um Hilfe und versuchte, die Wachen über das Rufsystem zu erreichen, aber seine Versuche wurden ignoriert Worden. Ameds Tod wurde trotz gegensätzlicher Verdächtigungen als Suizid dokumentiert. Trotz einer laufenden Untersuchungskommission und verschiedener Ermittlungen gegen die Beamten wurden bisher keine Verurteilungen gegen die Verantwortlichen ausgesprochen. Diejenigen, die versuchen, die verantwortlichen Behörden zu finden und zur Rechenschaft zu ziehen, sind in der Regel die Familie, Freunde oder NGOs der Person, die leider oft scheitern.

Über welches Netzwerk greifen Sie auf die Informationen zu? Sind Camps, Krankenhäuser etc. transparent?

Da unsere Dokumente sehr umfangreich sind, sind auch die Informationsquellen vielfältig. Insbesondere erhalten wir viele Informationen von den Flüchtlingsräten der Länder und anderen politischen Organisationen, die sich mit unterschiedlichen Themen beschäftigen. Wir verwenden auch Presseberichte aus Zeitungen, Radio, Fernsehen und anderen Medien. Weitere Quellen sind Polizeiberichte und Interviews mit Verwandten oder Unterstützern.

Und schließlich: Wie können wir Suizide verhindern? Was sind Ihre Empfehlungen oder Erwartungen?

In Deutschland ist der Umgang des Staates mit Flüchtlingen eine politische Entscheidung. Die derzeitige Flüchtlingspolitik ist so angelegt, dass sie eine abschreckende Wirkung auf die Menschen hat, die ankommen. Sie betreibt auch eine starke Einschüchterungspolitik für die "freiwillige" Rückkehr der hier lebenden Flüchtlinge. Das ist eine zynische Strategie, die auf verzerrten Fakten basiert. Die überwiegende Mehrheit der Flüchtlinge verlässt ihr Land nicht freiwillig; Sie migrieren, weil sie vor Verfolgung, Krieg und Hunger fliehen müssen. Politiker und Presse bedienen sich seit Jahren rassistischer Sprache und Haltungen, um ihre menschenverachtenden Ziele zu erreichen. Dieser Stil und diese Haltung spielen Reaktionären, der politischen Rechten und anderen Populisten in die Hände. Flüchtlingsgruppen und -organisationen sind unsere gemeinsame Forderung; Gleiche Rechte für alle, das Bleiberecht für alle und ein sofortiger Stopp der Abschiebungen.

Deutschland ist ein riesiger Flüchtlingsfriedhof

Der Bericht mit dem Titel "Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen" der Berliner Antirassistischen Initiative enthält plakative Informationen zu den Todesfällen von Geflüchteten in Deutschland zwischen dem 1. Januar 93 und dem 31. Dezember 2022.

- 443 Geflüchtete starben an den Folgen der drohenden Abschiebung oder bei dem Versuch, sich der drohenden Abschiebung zu entziehen. Von diesen 443 Personen befanden sich 88 in Deportationslagern.
- 5.520 Geflüchtete verletzten sich, weil sie eine Abschiebung befürchteten oder gegen den Abschiebebescheid protestierten. Von den 5.520 Menschen wurden 992 zur Abschiebung inhaftiert.
- 5 Geflüchtete verloren bei der Abschiebung ihr Leben.
- 634 Geflüchtete wurden damals durch Abschiebungen oder Misshandlungen verletzt.

- 41 Geflüchtete verloren ihr Leben, nachdem sie abgeschoben und in ihre Heimatländer zurückgeschickt worden waren.
- 642 Geflüchtete wurden in ihren Heimatländern, in denen sie zur Rückkehr gezwungen wurden, von Polizei oder Soldaten misshandelt und gefoltert und erlitten aufgrund schwerer Krankheiten, die sie dort erlitten hatten, lebensbedrohliche oder schwere Krankheiten.
- 81 Geflüchtete verschwanden nach ihrer Abschiebung spurlos.
- 246 Flüchtlinge starben beim Grenzübertritt nach Deutschland oder an der Grenze. Davon ereigneten sich 134 an den Grenzen der neuen Bundesländer, 3 Menschen wurden von den Wassern der Neiße mitgerissen und werden seitdem vermisst.
- Insgesamt wurden 935 Geflüchtete beim Grenzübertritt verletzt, 353 davon in den neuen Bundesländern.
- 35 Geflüchtete, die sich in Haft, bei Festnahmen, bei Abschiebungen, auf der Straße, in Büros oder zu Hause befanden, starben an den Folgen schwerer Gewalt durch Polizei oder Sicherheitspersonal. Zudem wurden mindestens 1.391 Geflüchtete verletzt.
- 34 Flüchtlinge verloren ihr Leben, weil es an lebensrettender Soforthilfe mangelte.

- Eintausend818 Flüchtlinge wurden verletzt.
- Infolge rassistischer oder politischer Übergriffe auf der Straße und im öffentlichen Raum kamen 29 Geflüchtete ums Leben. Zudem wurden mindestens 4.300 Geflüchtete körperlich angegriffen.

Mindestens 803 Personen
Letztendlich; Mindestens 803 sind seit 1993 infolge staatlicher Maßnahmen der Bundesrepublik Deutschland in diesen Jahren ums Leben gekommen. Infolge rassistischer Übergriffe und Übergriffe in den Lagern (u.a. Brände) verloren 117 Menschen ihr Leben.